

Kirsten Zander-Wörner
Fraktionsvorsitzende
An der alten Schule 7
51709 Marienheide
TEL 02264/2000736
k.zander.woerner@gmail.com

An den Bürgermeister
Stefan Meisenberg
Hauptstr. 20
51709 Marienheide

Antrag an den BPU und Rat

Marienheide, den 21.07.2020

Hiermit beantragt die Fraktion Bündnis 2020 Marienheide den Punkt, Bericht über den Stand, Abstellen des Hupsignals der Züge und der RB 25 - Bahnquerung Kahlenbergstraße, solange in die Tagesordnung des BPU und Rats aufzunehmen, bis die dauerhafte Abstellung der Signalgebung erfolgt.

Als Begründung unseres Antrags ist der entsprechende Auszug aus der Niederschrift der Ratssitzung vom 27.11.2018 beigelegt. Das einvernehmliche Bestreben des Rates ist hieraus zu erkennen. Eine Umsetzung sollte mit Nachdruck verfolgt werden.

3.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2018; 1) Haushaltsmittel für eine Unterführung/ Überführung/Schrankenlösung für den Bahnübergang Kahlenbergstraße in den Haushalt 2019 einzustellen 2) Gespräche mit Bezirksregierung u. Bahn AG über mögliche Fördermittel/Zuschüsse für diese Maßnahme zu führen	Drucksache Nr. AT/117/18
3.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.10.2018, Ladung eines Sachverständigen sowie Haushaltsplanung betr. Bahnübergang Kahlenbergstraße in Form einer Unterführung/Überführung/Schranke	Drucksache Nr. AT/120/18

Bürgermeister Meisenberg möchte die beiden vorliegenden Anträge zunächst gemeinsam diskutieren. Sollte eine Entscheidung gegen den Antrag der FDP-Fraktion fallen, so möchte er

über den weiteren Antrag zu 1. der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion beraten lassen. Hiermit erklären sich die Antragsteller einverstanden.

RM Rittel erinnert an die vergangene Sitzung des Rates, bei welchem sich eindeutig zwei Lager gebildet haben. Er gibt zu Bedenken, dass das Hupen aber ganz Marienheide betrifft und somit unbedingt nach Lösungswegen für das Abstellen des Hupens gesucht werden müsse.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass jede bautechnische Veränderung eines Bahnüberganges (auch ein Rückbau) das Baurecht durch die Genehmigungsbehörde (EBA) im Rahmen eines Plangenehmigungsverfahrens bzw. Planfeststellungsverfahrens bedarf. Dies bedeutet, dass unabhängig von der Wahl der Variante mit einem langwierigen Genehmigungsverfahren gerechnet werden muss.

Hinzukommt, dass der jetzige Status des Bahnübergangs in der Kahlenbergstraße den anerkannten Regeln der Technik entspricht und somit die DB Netz kein eigenmotiviertes Interesse daran hat, den vorhandenen Zustand zu ändern.

Es gibt, wie bereits erwähnt, verschiedene Lösungsvarianten mit verschiedenen Kosten.

Variante 1

Ersatzloser Rückbau des Bahnübergangs, Kosten seinerzeit ca. 25.000 € brutto

Variante 2

Herstellung der fehlenden Sichtfläche, Kosten seinerzeit ca. 133.000 € brutto

Nach Auffassung der DB ist hier die zu erwartende Kostensituation deutlich höher als die seinerzeit geschätzten Kosten.

Darüber hinaus würde diese Variante wahrscheinlich eine wochenlange Sperrung der Strecke nach sich ziehen, da man im Profil des Gleises arbeiten müsste.

Variante 3

Aufhebung des Bahnüberganges durch Errichtung einer Fußgängerbrücke, Kosten seinerzeit 209.000 € brutto

Die Kosten für diese Variante sind nach jetziger Einschätzung der DB erstaunlich niedrig, so dass eine Kostenüberprüfung anzuraten wäre.

Variante 4

Technische Sicherung des Bahnüberganges (Lichtzeichen und Schranke), Kosten seinerzeit 388.000 €

Laut DB erscheinen die Kosten in dieser Höhe nur für die Bahnübergangssicherungsanlage als plausibel, allerdings, so der Hinweis der DB, hat der damalige Planer wahrscheinlich die Stellwerkssignale und deren Anpassung incl. Software außer Acht gelassen. Daher sind noch ca. 120.000 € brutto für diese Anpassung zusätzlich zu berücksichtigen.

Da noch die genannten Unwägbarkeiten abzustimmen sind, ist der heutige

Verwaltungsvorschlag:

Die Varianten von einem externen Fachbüro beleuchten sowie parallel hierzu auch eine mögliche Kostenbeteiligung aus dem Eisenbahn-Kreuzungsgesetz untersuchen zu lassen.

Hierzu sollte ein Untersuchungshonorar im Haushalt in Höhe von 25.000 € eingestellt werden.

RM Jaeger fragt die Anwesenden, ob es mittlerweile ein endgültiges Meinungsbild in den Fraktionen gibt, da innerhalb seiner Fraktion noch kein einheitliches Meinungsbild zustande gekommen sei.

RM Kramer teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese ebenfalls uneinig sei und keine der Lösungen als ideal betrachte. Ein Sperrung und akzeptable Umgehung wäre wahrscheinlich die bessere und günstigste Lösung.

Auch RM Zander-Wörner sieht eine Schließung als die beste und günstigste Lösung an.

Nach einer regen Diskussion spricht sich der Rat dafür aus, dass eine Lösung für das Abstellen des Hupens gefunden werden muss. Hierfür sollen Planungskosten von 25.000 € im Haushalt 2019 bereitgestellt werden.

RM Zander-Wörner ist auf Nachfragen damit einverstanden, dass über ihren Fraktionsantrag nicht weiter beraten wird, wenn alle Möglichkeiten geprüft werden, eine Lösung für das Abstellen des Hupens zu finden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, zwei Enthaltungen
Es wird beschlossen, das Grundproblem des Hupens abzustellen und hierfür die Planungskosten in Höhe von 25.000 € im Haushalt 2019 einzustellen.	

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'V. Z. Wörner'.